

B E S C H L U S S

aus der Sitzung des Ausschusses für Schule und Bildung vom 25.01.2022

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

7. Bericht zu den Schutzmaßnahmen und Auswirkungen der Corona- Pandemie für die Schulen der Universitätsstadt Siegen - mündlicher Bericht

Aufgrund der passenden Thematik wird der unter TOP 7.1 aufgeführte vom Rat an den Fachausschuss verwiesene Antrag der FDP- Fraktion zu den Fördermöglichkeiten bei corona-bedingten Schulschließungen im Rahmen des TOP 7 beraten.

⇒ *Die Präsentation zum Bericht zu den Schutzmaßnahmen und Auswirkungen der Corona-Pandemie für die Schulen der Universitätsstadt Siegen wurde den Ausschussmitgliedern vorab zur Verfügung gestellt.*

Der Original- Niederschrift ist die Präsentation als Anlage beigelegt. Im elektronischen Dokument ist sie unter dem entsprechenden Punkt zu sehen.

Zu dem an den Fachausschuss verwiesenen Antrag erläutert Herr Dezernent Schmidt, an welchen Stellen der Präsentation sich die im Antrag unter den Spiegelstrichen aufgeführten Punkte wiederfinden und geht kurz auf die Auffassung der Verwaltung ein, deren schriftliche Stellungnahme unter AT 172/2022 A im Ratsinformationssystem einzusehen ist.

Er macht aber auch darauf aufmerksam, treffe man die politische Aussage, möglichst den Präsenzunterricht zu erhalten und vermittele den Familien, dass der Unterricht ohne Einschränkungen stattfinde, sei dies falsch. Die Kernaussage sei zwar auch Auffassung der Verwaltung und man unterstütze diese. Testungen würden durchgeführt, aber man dürfe nicht das Vorliegen einer Normalsituation vermitteln. De facto sei diese nicht vorhanden, so befänden sich derzeit mehrere Klassen in Quarantäne. Die Situation betreffe alle Schulformen und im Jugendhilfebereich auch die Kitas.

Herr Hellwig erläutert und präzisiert den Antrag. Man könne darüber nachdenken, mit der Universität Kontakt aufzunehmen. Studierende könnten ihre Praxisphasen in speziellen Gruppen absolvieren, hier denke er an die Personen, die Schwierigkeiten hätten, dem Onlineunterricht aufgrund der räumlichen Situation oder aufgrund von Sprachschwierigkeiten zu folgen. Es gebe Gruppen, die von den Angeboten schlecht erfasst würden. Er spreche sich

dafür aus, diese Gruppen und die Kommunikation mit diesen Gruppen stärker in den Fokus zu nehmen.

Der Antrag sei ihr zur Frage was gewünscht sei zu vage, so Frau Nüßing. Es gebe bereits Unterstützungsgebote. Gegebenenfalls könne die Verwaltung in Rücksprache mit der Universität Feriencamps anbieten oder prüfen, ob die vorhandenen Nachhilfeinstitute Angebote hätten und ob diese ausgelastet seien.

Geist des Antrages sei die Sorge, dass Schüler abgehängt werden. Aus der Stellungnahme der Verwaltung gehe hervor, dass es Angebote gebe, die seitens der Kommunen und des Landes organisiert würden. Es sei schwierig, nunmehr der Kommune noch aufzuerlegen, Kinder, Bedarfe, Lehrpläne festzustellen und zu ermitteln, wo noch zusätzlich unterstützt werden könnte. Bei den äußeren Schulangelegenheiten werde viel getan, aber an dieser Stelle sei die Kommune außen vor, so Herr Pfeifer. Der Geist des Antrages werde von allen geteilt, die Maßnahmen selber seien kommunal nicht relevant.

Herr Dezernent Schmidt informiert über bereits angebotene Maßnahmen.

Das Kommunikationsdefizit halte er nicht für so massiv, so Herr Kraft, die größte Expertise bestehe an den Schulen, da dort auch bestehende Defizite bekannt seien. Gegebenenfalls könnten den Schulen unmittelbar Informationen über Angebote mitgeteilt oder angefragt werden, ob die entsprechende Zielgruppe zur Verfügung stehe. Einen Umweg über die Verwaltung halte er nicht für notwendig.

Für die Grundschulen stellt Frau Becker klar, dass man sich sowohl durch die Schulaufsicht als auch von der Schulverwaltung der Stadt über bestehende Angebote gut informiert fühle. Man stehe in einem Austausch und bekomme auch Unterstützung, wenn diese benötigt werde. Die Stadt habe den Schulen mehr Mittel durch den Verzicht eines Teils des Schulträgeranteils zur Verfügung gestellt, so dass jede Schule die Möglichkeit habe, die Mittel so einzusetzen, wie die Schule es für richtig halte. Dazu sei die Stadt nicht verpflichtet gewesen.

Es sei schwierig einem präventiven Antrag zuzustimmen. Derzeit gebe es in den Schulen einen dynamischen Prozess, bezüglich der aufgestellten Programme gebe es mittlerweile Erfahrungen in Zusammenhang mit der Pandemie, so Frau Langemeyer. Auch stelle sich ihr die Frage, wo die Gruppen zu finden seien, wenn sie in den Schulen nicht erkannt würden.

Herr Schloos schließt sich der Vorrednerin an, der Antrag sei ihm nicht verständlich. Kritisch merkt er an, das Problem der sozial schwachen Schüler und Schülerinnen sei nicht die mangelnde Förderung, sondern dass sie unter sich seien. Die Bildungsforschung spreche sich für eine Durchmischung der Milieus aus.

Der Geist des Antrages sei gut, den Maßnahmen könne seitens der SPD- Fraktion nicht zugestimmt werden, so Herr Pfeifer.

Die Nachfrage, ob der Antrag aufrechterhalten werden soll, verneint Herr Hellwig, da der Präsenzunterricht nach Möglichkeit aufrechterhalten werden solle und sich damit der über-

wiegende Teil des Antrages erledigt habe. Man solle sich aber weiterhin mit dem Thema befassen.

Es erfolgt keine Abstimmung über den Antrag. Das Thema soll jedoch weiter auf der Agenda verbleiben.

Beschluss

⇒ *Der Ausschuss für Schule und Bildung des Rates der Universitätsstadt Siegen nimmt den Bericht über die Schutzmaßnahmen und Auswirkungen der Corona- Pandemie für die Schulen der Universitätsstadt Siegen zur Kenntnis.*

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

8. AfSuB 25.01.2022
